



Auf der Suche nach der verlorenen Demut



Zwei Bücher liegen auf dem Tisch im schattigen Gastgarten des Holznerwirts in Eugendorf: „Den Herzschlag Jesu spüren“ vom Theologen Peter Trummer. Und Mark Twains Reisebericht „Unterwegs mit den Arglosen“. Wolfgang Radlegger, langjähriger Salzburger SPÖ-Chef, hat sie seinem alten Freund mitgebracht: Erhard Busek war für die ÖVP Parteichef und Vizekanzler. Beide Bände sind passend gewählt.

Radlegger: Es ist bei mir mit der SPÖ ein bisschen wie mit der Katholischen Kirche.

SN: Da gehen Sie auch noch hin?
Radlegger: Ja, jeden Sonntag.
Busek: Ich ebenfalls. Und das, obwohl ich mit der katholischen Amtskirche fürwahr meine Probleme habe – und das auch immer wieder sehr laut sage.
Radlegger: Ich habe auch keine Freude mit der Institution Kirche. Aber dennoch überwiegt der Glaube an die Idee, die dahinter steht. An die ganze Geschichte, an die Notwendigkeit, etwas für eine richtige Sache zu tun. Internationalität, Solidarität. Da tritt man nicht aus.

SN: Wobei die SPÖ jetzt ohnehin nie die Partei für bekennende Christen war – und die ÖVP ist es wohl auch nicht mehr. Wer vertritt eigentlich noch eine Botschaft, mit der Jesus etwas anfangen könnte? Eigentlich am ehesten die Grünen, oder?
Busek: Und vielleicht Teile der Neos. Auch in der ÖVP gibt es noch christlichsoziale Reste, auf Länderebene.

SN: Was verstehen Sie eigentlich unter christlicher Politik?
Busek: Es geht zentral um das Maßhalten. Eine Lebenseinstellung zu fördern, die eine gewisse gesunde Selbstbeschränkung beinhaltet. Die sich gegen dieses Immer-mehr-haben-müssen richtet. Die Evangelien sind doch ein perfekter Gegenentwurf zu unserem Konsumismus, der unseren Planeten und uns selbst zerstört. Jesus hat uns das ja vorgelebt. Kehret um! Das ist eine zentrale Botschaft. Es geht um die Notwendigkeit des Gesprächs unter Feinden, wie das einmal bezeichnet wurde, um Empathie. Man muss diese Hass-Sprache überwinden, die überall Platz gegriffen hat. Wir müssen einander wieder zuhören lernen.

Radlegger: Christliche Politik müsste auch die Humanität in den Vordergrund stellen, etwa auch in der Migrationspolitik. Mich

Politik damals, Politik heute.
Erhard Busek und Wolfgang Radlegger. Ein „schwarzes“ und ein „rotes“ Urgestein sprechen über ihren Frust über die eigene Partei, über Gott, Ausländer, Demut und zu junge Spitzenpolitiker.

THOMAS HÖDLMOSE, CHRISTIAN RESCH

stößt es ab, wenn unser Land nicht einmal ein paar geflüchtete Kinder aus schrecklichen Situationen retten will.
Busek: Aber welche willst Du retten, und welche nicht? Wer entscheidet das? Ein paar aufzunehmen, das ist doch nur Symbolpolitik.
Radlegger: Ja genau, dann ist es eben Symbolpolitik. Aber so ein Symbol, das erwarte ich mir von christlich denkenden Politikern.

SN: Aber eine große Mehrheit der Österreicher wünscht sich wenig oder gar keine Zuwanderung. Mit offenen Grenzen gewinnt man keine Wahlen.

Radlegger: So gescheit bin ich natürlich auch, dass ich das weiß. Momentan gibt es diese Stimmung. Aber ich wüsste schon, was gestandene Politiker dagegen machen könnten. Keine Newsletter per Mail verschicken, wie die SPÖ das derzeit macht.
Busek: Genau wie die ÖVP. Krieg

ich dauernd aufs Handy.
Radlegger: Stattdessen raus zu den Leuten, auf Veranstaltungen. Argumentieren. Dagegen halten. Haltung beweisen. Kritik einstecken. Einmal klar sagen, dass wir Migranten einfach brauchen, nicht nur in der Pflege und in den Spitälern, in der ganzen Wirtschaft. Und dass es Verbrecher unter den Zuwanderern gibt, schreckliche Taten, das bestreite ich nicht, ich bin nicht naiv. Aber man kann nicht alle in einen Topf werfen.
Busek: Und die Diskussion ist ja nicht neu. Damals, als ich in Wien war, gab es den polnischen Arbeiterstrich. Und was haben die Österreicher da geschimpft. Und wenn ich dann gefragt habe: Wer von euch hat noch nie einen Polen schwarz bei sich hackeln lassen – da waren auf einmal alle ruhig.

SN: Aber zwischen dem polnischen, christlichen Gastarbeiter und einem traumatisierten, muslimischen Flüchtling aus Afghanistan – da ist schon ein Unterschied oder? Auch von der Kriminalstatistik her.
Radlegger: Ja, weil dieses Land seit 150 Jahren, mit Unterbrechungen, ein Kriegsgebiet ist. Auch und vor allem durch unsere Schuld, durch die Schuld des Westens. Und weil wir uns um die jungen Afghanen, die zu uns kommen, nicht ordentlich kümmern. Weil das Geld kosten würde, und das wollen wir nicht ausgeben.

SN: Herr Busek, Sebastian Kurz ist der mächtigste Kanzler seit Bruno Kreisky – vor allem deshalb, weil er bei der Zuwanderung knallhart agiert. Der Erfolg gibt ihm recht – was wollen Sie mehr?

Ja, Kurz hat es geschafft, Disziplin herzustellen. Er hat alle Teilgruppen wieder zusammengeholt, das ist ihm zuzubilligen. Er hat den Kanzlersessel wieder geholt. Aber um den Preis, dass es jetzt keinerlei innerparteiliche, inhaltliche Diskussionen mehr gibt.

SN: Herr Radlegger, innerparteiliche Diskussionen

um inhaltliche Themen, die vermessen Sie auch, oder?

Radlegger: Ja, allerdings.
Busek: Das ist das, was sich so negativ verändert hat an der Politik.
Radlegger: Inhaltslosigkeit, alles nur Verpackung.
Busek: Genau.
Radlegger: Wir als SPÖ müssen endlich raus aus dieser inhaltslosen, bleiernen Faymann-Zeit. Der hat es geschafft, in seiner ganzen Amtszeit keine einzige Grundsatzrede zu halten. Stattdessen hat man sich mit Hans Dichands Kronenzeitung ins Bett gelegt. Sicher, die boulevardeske Medienpolitik des Sebastian Kurz ist schlimm – aber die SPÖ unter Werner Faymann war genauso schlimm, exekutierte hat das sein Satrape Josef Ostermayer. Diese inhaltliche Leere der Partei seit so vielen Jahren, das zermüht eine Bewegung, wenn einfach nicht diskutiert wird, wo es hingehen soll.
Busek: Das Problem der Pamela Rendi-Wagner ist, dass sie halt keine gestandene Rote ist. Am Viktor-Adler-Markt in Favoriten ist sie ein Fremdkörper.
Radlegger: Gut, da sind leider alle Sozialdemokraten mittlerweile Fremdkörper.



SN: Weil wir über christliche Politik, das Maßhalten, über Demut gesprochen hatten. Früher waren Spitzenpolitiker meist ältere Semester. Heute oft hippe, fesche Burschen in den berühmten Slim-Fit-Anzügen. Eine gewisse Großmannsucht, Maßlosigkeit, brennender Ehrgeiz bei weitgehender Ideologie-Freiheit: Sind das die Nachteile relativer Jugend?

Busek: Ich habe zu Sebastian Kurz immer gesagt: Du bist zu jung, dir fehlt die Erfahrung. Aber man hat ihm die Partei vorbehalten lassen, das ist jetzt so.
Radlegger: Was dazu kommt: Heute halten sich Politiker riesige Kabinette und PR-Stäbe. Meistens sind das genau wieder dieselben jung-dynamischen Leute mit großen Karrierezielen und hohen Gehaltsvorstellungen. Mit denen regieren sie dann über die etablierten Beamten „drüber“.

SN: Liegt es auch daran, dass sie eine Frau ist?

Radlegger: Nein, ich denke nicht. Gabi Burgstaller hat das auch nicht geschadet. Immer diese Debatte um die Parteichefs – alle glauben, es wird alles besser, nur wenn jemand anderer da oben sitzt. Das Problem ist ein anderes: Was sind denn die Inhalte? Aber diese Diskussion scheut man, weil sie schmerzhaft ist.

SN: Jetzt noch einmal zur ÖVP: Was sagen Sie zu den Chat-Protokollen des ÖBAG-Chefs Thomas Schmid und von Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek?

Busek: Imponierende Dummheit. So blöd musst du einmal sein. Auch der Herr Pilnacek – so etwas darf man sich einfach nicht leisten. Und man fragt sich schon: Was

steht da für eine Denke dahinter? Sicher, manche argumentieren, solche Chats seien Privatsache.
Radlegger: Also ich finde, es ist keine Privatsache. Es ist schon gut, dass diese Dinge aufgefunden sind.

SN: Wie Herr Schmid, der vom Kabinett ins Finanzministerium geholt wurde, und sich quasi selbst vom dortigen Spitzenposten in den Chefessel der ÖBAG geschossen hat.

Radlegger: Und das ist nicht das einzige Problem. Es geht auch der Kontakt zur Beamtenschaft verloren, wenn Politiker immer nur mit ihren selbst „mitgebrachten“ Kabinettsmitarbeitern zu tun haben.

SN: Jetzt könnte man natürlich sagen: Vielleicht ist die Arbeit einfach so viel mehr geworden, dass man mehr Leute braucht.

Radlegger: Ja eh. Oder man könnte auch sagen: Da geht es nur um Publicity.
Busek: Ich hatte zuletzt auch Besuch von der Jungen Volkspartei. Die haben mich attackiert, weil sie fanden, dass ich den Herrn Kurz zu wenig unterstützte. Naja. Jedenfalls weiß ich genau, was deren Zukunft ist: Die eine Hälfte dieser jungen Leute landet in Ministerbüros. Die andere Hälfte ist bitter enttäuscht, weil sie dort keinen Platz mehr gefunden hat. Diese Kabinette sind auch große Versorgungsstellen für Parteileute. Und es gibt immer mehr Bittsteller, weil die Unis massenhaft Kommunikations- und Politikwissenschaftler ausstoßen, die in dieser Zahl ja gar nicht gebraucht werden.

SN: Vielleicht sind auch die Journalisten immer aggressiver und destruktiver geworden, so dass man mehr Leute zu deren Abwehr braucht?

Radlegger: Politiker, die Autorität haben, könnten souveränen Umgang mit Medien auch heute bewerkstelligen.

arbeitet, die waren ja da. Heute sind da 15 oder 30 Leute in jedem Kabinett – und die haben alle Angst um ihre Jobs, wenn der Politiker gehen muss. Und da kann es natürlich sein, dass sie schon die ganze Zeit recht beschäftigt damit sind, Fäden zu ziehen, für ihre Karrieren nach dem Kabinett.

SN: Wie Herr Schmid, der vom Kabinett ins Finanzministerium geholt wurde, und sich quasi selbst vom dortigen Spitzenposten in den Chefessel der ÖBAG geschossen hat.

Radlegger: Und das ist nicht das einzige Problem. Es geht auch der Kontakt zur Beamtenschaft verloren, wenn Politiker immer nur mit ihren selbst „mitgebrachten“ Kabinettsmitarbeitern zu tun haben.

SN: Jetzt könnte man natürlich sagen: Vielleicht ist die Arbeit einfach so viel mehr geworden, dass man mehr Leute braucht.

Radlegger: Ja eh. Oder man könnte auch sagen: Da geht es nur um Publicity.
Busek: Ich hatte zuletzt auch Besuch von der Jungen Volkspartei. Die haben mich attackiert, weil sie fanden, dass ich den Herrn Kurz zu wenig unterstützte. Naja. Jedenfalls weiß ich genau, was deren Zukunft ist: Die eine Hälfte dieser jungen Leute landet in Ministerbüros. Die andere Hälfte ist bitter enttäuscht, weil sie dort keinen Platz mehr gefunden hat. Diese Kabinette sind auch große Versorgungsstellen für Parteileute. Und es gibt immer mehr Bittsteller, weil die Unis massenhaft Kommunikations- und Politikwissenschaftler ausstoßen, die in dieser Zahl ja gar nicht gebraucht werden.

SN: Vielleicht sind auch die Journalisten immer aggressiver und destruktiver geworden, so dass man mehr Leute zu deren Abwehr braucht?

Radlegger: Politiker, die Autorität haben, könnten souveränen Umgang mit Medien auch heute bewerkstelligen.

SN: Dafür hat man oft das Gefühl, dass fähige Juristen fehlen – etliche Verordnungen aus der Pandemie-Zeit hat der VfGH gekippt. Und selbst Spitzenjuristen wie Pilnacek scheinen ein seltsames Verständnis zu haben von der politischen Unabhängigkeit der Verwaltung.

Busek: Ja, und auch bei der Ausbildung der Juristen scheint heute nicht alles gut zu laufen. Dazu kommt: Ministerin werden so aufgesplittet und zerspragelt, dass lauter Dinge zusammengehören, die wenig miteinander zu tun haben. Deshalb gibt es auch keine gewachsenen Rechtsabteilungen mehr, alles ist zusammengewürfelt.

Radlegger: Und dann kommen die politischen Weisungen dazu. Der Widerstandswille der Beamten fehlt dann. Pragmatisierung gibt es ja keine mehr, und damit auch eine weniger unabhängige Beamtenschaft.

SN: Na gut, aber es gäbe ja auch noch den Verfassungsdienst.

Busek: Ja, aber der war schon zu meiner Zeit eher schwach.



SN: Letzte Frage: Soll Sebastian Kurz zurücktreten, wenn er angeklagt wird?

Busek: Kommt auf die genauen Umstände an. Das kann man nicht pauschal sagen. Weil eines ist schon wichtig: Seit der letzten Reform der Strafprozessordnung ist man automatisch Angeklagter, wenn die Staatsanwaltschaft anfängt zu ermitteln. Und das kann schnell gehen.

Radlegger: Da wird sie vielleicht mein Standpunkt überraschen, aber da bin ich auf der Seite von Kurz – aus demselben Grund. Eine Anklage soll schon einen Rücktritt erzwingen? Das allein ist zu wenig, finde ich. Wobei: Wir haben schon ein Problem mit unserer Rücktrittskultur.

Busek: Sicher. Und weil die Leute erst zurücktreten, wenn sie wirklich Ärgstes verschuldet haben, gilt auch jeder, der zurücktritt, als halber Verbrecher.
Radlegger: Und deshalb wieder will keiner zurücktreten.